



Möbelbeschaffung

Was immer man von den Aktivitäten der „Letzten Generation“ halten mag, die Leute haben einen hohen Unterhaltungswert. Natürlich nicht für jene, die von ihren Aktionen betroffen sind.

Es gibt nichts, woran man sich nicht festkleben kann. Straßen sind inzwischen langweilig geworden, dann doch lieber vor einem Pult, an dem **Friedrich Merz** eine Rede halten wollte. „*Es ist doch schön, dass Sie noch da sind – Ihre Kollegen sind ja zurzeit auf Bali.*“, begrüßte Merz die Aktivisten.



Foto: AufstandLastGen/Twitter

Kürzlich klebte sich nun während einer Verhandlung ein 23-jähriger an einem Tisch im Gerichtssaal fest. Vielleicht sollte bei den Taschenkontrollen am Eingang nach Sekundenkleber gesucht werden. Pragmatisch wie die Justiz nun mal ist, stellte sie den Aktivisten samt Tisch erst auf den Flur und brachte beide dann tatsächlich zu einer Bushaltestelle. Warum man das Duo nicht einfach irgendwo in die Ecke stellte und wartete, bis sich der Kleber von allein löst, verstehe wer will. Tatsächlich hat der 23-jährige den Tisch mit nach Hause genommen. Unwahrscheinlich, dass ihn samt Tisch ein Bus mitgenommen hat. Wie er mit dem Tisch nach Hause kam, konnten wir nicht herausfinden. Vielleicht wissen Sie, liebe Leserinnen und Leser mehr.

Ein Tisch in dieser Qualität kostet ein paar Hundert Euro. Nicht nachzuvollziehen, dass die Justizverwaltung darauf verzichtet. Angeblich erklärte eine

Sprecherin des Gerichts, dass man auf das Eigentumsrecht nicht verzichtet habe. Schön. Und nun?

Das ist geradezu eine Einladung, sich Möbel aus der Berliner Verwaltung zu beschaffen. Allerdings muss man da ein wenig suchen, um vernünftiges Mobiliar zu finden. Aber wenn, dann klebt man sich halt fest und lässt sich zur nächsten Bushaltestelle bringen, wo schon jemand mit einem Kleintransporter wartet.

Bei IKEA oder Höffner hätte man mit diesem Trick wohl keine Chance, an neue Möbel zu kommen. Die wüssten, wie sie ihr Eigentum behalten. Sind Aktionen dieser Art typisch für Berlin, weil hier alles möglich ist, oder gibt es solche skurrilen Geschichten auch anderswo?

Am 26. März stimmen wir über den Klimavolksentscheid ab. Rund 600.000 Wahlberechtigte müssen mit Ja stimmen, damit der Volksentscheid Gesetz wird. Das ist in Berlin kein Problem, denn mindestens 600.000 Menschen leben hier, die jedem Volksentscheid nur aus Daffke zustimmen würden, egal, worum es geht, Hauptsache gegen den Senat und das gewählte Parlament.

„*Der Volksentscheid am 26. März verlangt die Verminderung der gesamten Kohlendioxidemissionen um 95 Prozent in sechseinhalb Jahren. Das ist vollkommen unmöglich. Wer noch bei Verstand ist, der stimmt mit ‚Nein‘*“, meint BZ-Kolumnist **Gunnar Schupelius**. Kann man machen, wenn wir aber ehrlich sind, wird sich doch niemand der Zielsetzung des Volksentscheids verschließen, bis auf einen Punkt, nämlich das Erreichbarkeitsdatum. Es ist also vollkommen egal, wie die Entscheidung am 26. März ausgeht, bis 2030 wird Berlin, wird Deutschland und erst recht nicht der Rest der Welt klimaneutral sein.

Wer sich nicht an etwas beteiligen will, was unmöglich umzusetzen ist, sollte nicht an der Abstimmung teilnehmen. Hat mal jemand gegengerechnet, wie viele Solarpaneele auf öffentlichen Gebäuden für das Geld hätten angebracht werden können, die die Abstimmung kostet?

Der Autor dieses Beitrages ist wieder als Wahlhelfer dabei und nimmt die 145 Euro „*Erfrischungsgeld*“ für einen entspannten Sonntag im Wahllokal gern mit. Die 265 Euro von der Wiederholungswahl sind gerade überwiesen worden. Danke, lieber Verfassungsgerichtshof, Danke liebe Klimafreunde. Wann findet endlich die Wiederholungswahl für den Bundestag statt? Man hört gar nichts mehr darüber.

Ed Koch